

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 04.06.2010	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat VI Amt: Feuerwehr	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Dezernat VI ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2010/0225 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Zukunftswerkstatt Feuerwehr
Abschlussbericht

Vorlage vom: 27. 5.2010

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Anlagen: Anlage 1 Planung Gerätehaus FF Arheilgen
Anlage 2 Zielplanung Wache und FF Innenstadt
Anlage 3 Fahrzeugkonzept bis 2020
Anlage 4 Dokumentation Zukunftswerkstatt 3. Seminartag

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 14.05.2010

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Januar 2008 wurde der Magistrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Feuerwehren einen Feuerwehrentwicklungsplan aufzustellen. Am Anfang des Prozesses sollte eine „Zukunftswerkstatt Feuerwehr“ stehen.

Die Zukunftswerkstatt fand unter der externen Moderation von Herrn Dipl. Sozialpädagoge Robert Reichstein vom Beratungsunternehmen Beratung kreativ statt.

An drei Seminartagen (Dokumentation als Anlage 4) nahmen neben dem Brandschutzdezernenten, Herrn Stadtrat Wenzel, die Vertreter der im Stadtparlament vertretenen Fraktionen teil. Für die Feuerwehren nahmen Vertreter der beiden Werkfeuerwehren Merck und Evonik-Röhm, der vier Freiwilligen Feuerwehren der Stadt, des Stadtkreisfeuerwehrverbandes und der Stadtjugendfeuerwehr, des Personalrates und der Amtsleitung der Feuerwehr teil.

Als wesentliche Themen im Rahmen der Zukunftswerkstatt wurden bearbeitet:

1. Aufgaben und Leistungsfähigkeit der Feuerwehr
2. Personal im Haupt- und Ehrenamt
3. Unterbringung
4. Technikstandards und Beschaffungssicherheit
5. Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehren der Stadt
6. Nutzung von Synergien
7. Netzwerkbildung
8. Feuerwehr in der Gesellschaft.

Ergebnisse

1. Aufgaben und Leistungsfähigkeit der Feuerwehr

Die Aufgaben der Feuerwehr sind in den gesetzlichen Grundlagen (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz und Hessisches Rettungsdienstgesetz) eindeutig definiert. Im Bedarfs- und Entwicklungsplan ist festzulegen, mit welchen personellen und materiellen Ressourcen die Feuerwehr zur Erfüllung dieser Aufgaben ausgestattet sein soll. Die wesentlichen Komponenten sind dabei die Wachstärke der Berufsfeuerwehr und die Personalstärke der Freiwilligen Feuerwehren sowie die zur Verfügung stehenden Einsatzfahrzeuge.

Die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr soll auf dem bisherigen Stand aufrecht erhalten werden. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan ist entsprechend fortzuschreiben.

2. Personal im Haupt- und Ehrenamt

Hauptamtliches Personal

Derzeit sehen die Laufbahnverordnungen der Bundesländer, als Voraussetzung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst, eine abgeschlossene Berufsausbildung vor.

In Düsseldorf wird derzeit in einem Modellversuch in Zusammenarbeit von Berufsfeuerwehr und Werkfeuerwehr Henkel eine dreijährige Ausbildung durchgeführt, die 18 Monate berufliche Ausbildung und 18 Monate feuerwehrtechnische Ausbildung beinhaltet und mit einer Anerkennung der Industrie- und Handelskammer abschließt. Damit könnte die gesamte Ausbildungszeit verkürzt werden und im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs kann bereits den Schulabgängern ein Ausbildungsangebot gemacht werden. Der Verlauf des Versuchs soll weiter verfolgt werden und bei einem positiven Abschluss, wenn möglich, übernommen werden.

Ehrenamt

Die Probleme bei der Personalgewinnung ergeben sich hauptsächlich im Bereich des Ehrenamtes. In einem Arbeitskreis „Nachwuchsförderung und Ehrenamt“ werden künftig die Amtsleitung der Feuerwehr, der Stadtbrandinspektor, der Stadtkreisfeuerwehrverband und die Stadtjugendfeuerwehr gemeinsam Projekte erarbeiten und umsetzen. Dazu soll neben einer externen Beratung auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreisfeuerwehrverband gepflegt werden. Ziel ist unter anderem das Schaffen einer Anerkennungskultur im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr. Die Freiwillige Feuerwehr, eine Einrichtung der Wissenschaftsstadt Darmstadt, stellt eine unverzichtbare Ergänzung der Berufsfeuerwehr dar. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren erwarten von den politisch Verantwortlichen eine erkennbare Wertschätzung ihrer Leistung.

3. Unterbringung und Standorte

Eines der drängenden Probleme der Feuerwehr ist der schlechte bauliche Zustand der Wache der Berufsfeuerwehr und der Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren Innenstadt, Arheilgen und Wixhausen.

Gerätehaus Wixhausen

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der möglichen Zusammenlegungen der Freiwilligen Feuerwehren Wixhausen und Arheilgen erörtert. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile wurde dieser Vorschlag nicht weiter verfolgt, da die zu erwartenden Nachteile die möglichen Vorteile übersteigen. Die Freiwilligen Feuerwehren sind eine aktive und lebendige Organisation aus ihrer Verwurzelung und Identifikation mit den Stadtteilen. Bei der Schaffung eines künstlichen Gebildes mit einem Gerätehaus zwischen den Stadtteilen besteht das hohe Risiko, dass es künftig in beiden Stadtteilen nicht mehr gelingt, ausreichend Personal für die Freiwillige Feuerwehr zu gewinnen. Die beiden Freiwilligen Feuerwehren Wixhausen und Arheilgen stellen neben dem kommunalen Brandschutz einen Gefahrstoff-Zug und einen Löschzug im Katastrophenschutz. Somit sind dort insgesamt 12 Fahrzeuge stationiert. Eine Zusammenlegung würde eine übermäßig große Feuerwehr mit mehr als 100 aktiven Einsatzkräften und 40 Mitgliedern der Jugendfeuerwehr ergeben. Dies erscheint nicht zweckmäßig. Eine Zusammenlegung an einem Standort außerhalb der jeweiligen Ortskerne brächte zudem absehbare Probleme bei der Jugendarbeit (Erreichbarkeit für die Jugendlichen) und bei Einsätzen (Alarmierungszeiten), insbesondere für die Freiwillige Feuerwehr Wixhausen, mit sich.

Aufgrund dieser Überlegungen wird das Gerätehaus in Wixhausen derzeit im Rahmen des Konjunkturpakets für 460.000 Euro saniert.

Gerätehaus Arheilgen

Das Gerätehaus in Arheilgen müsste in naher Zukunft aufwändig saniert werden, wobei auf Grund der zu niedrigen Hallentore eine geplante Unterbringung von Wechselladerfahrzeugen dennoch nicht möglich wäre. Das im Ortskern gelegene Grundstück sollte stattdessen vermarktet werden und auf einem freien städtischen Grundstück ein neues Gerätehaus gebaut werden.

Um Synergien zu nutzen, wurde für ein Gelände an der Frankfurter Landstraße eine Zielplanung für ein gemeinsames Projekt für das Gerätehaus der Feuerwehr und das 3. Revier der Polizei vorgeschlagen (Anlage 1, Planung: Architekturbüro Lengfeld & Willisch).

Bei der Polizei lag auf Grund des schlechten Zustandes des 3. Reviers und der dort bereits bestehenden Beschlusslage ein so hoher Zeitdruck vor, so dass das gemeinsame Projekt nicht weiter verfolgt werden konnte. Im Übrigen sind aufgrund unterschiedlich hoher Sicherheitsanforderungen nur im begrenzten Umfang Synergien zu erwarten.

Der Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Arheilgen wird als oberste Priorität im Bereich der Unterbringung der Feuerwehr gesehen. Die bestehende Planung ist mit allen fachlichen Beteiligten (auch in Hinblick auf die Bezuschussungsfähigkeit) abgesprochen und kann als

Grundlage für das weitere Vorgehen verwendet werden. Eine separate Magistratsvorlage wird derzeit vorbereitet.

Zielplanung Wache

Die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt ist derzeit in einem Wohngebäude des Bauvereins untergebracht. Der angemietete Bereich ist für eine Feuerwehr absolut unzweckmäßig, der Gebäudezustand ist mangelhaft. Sowohl die übrigen Mieter des Gebäudes als auch die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sind mit der Situation extrem unzufrieden. Die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt soll daher mittelfristig auf dem Gelände der Berufsfeuerwehr untergebracht werden. Das Hauptgebäude der Wache in der Bismarckstraße stammt aus dem Baujahr 1954. Das Gebäude ist stark sanierungsbedürftig und entspricht in wesentlichen Bereichen nicht mehr den Anforderungen. Im Rahmen der Zukunftswerkstatt wurde eine Projektstudie in Auftrag gegeben, um die Machbarkeit und die Kosten einer Zusammenlegung auf dem Wachegelände zu ermitteln (Anlage 2, Planung Architekturbüro Lengfeld & Willisch).

Die Studie kommt zu folgenden Kernaussagen:

- der derzeitige Gebäudebestand ist sowohl von der Bausubstanz als auch von den Betriebsabläufen her als äußerst schlecht einzustufen
- eine Sanierung wäre aufwändig ohne die zentralen Schwachpunkte tatsächlich zu beseitigen und daher unwirtschaftlich
- Es wird der Neubau des Wachgebäudes bei laufendem Betrieb auf dem Gelände des Sportplatzes vorgeschlagen
- Nach Umzug der Wache soll an Stelle des derzeitigen Wachgebäudes (Bj. 1954) eine eingeschossig überbaute Fahrzeughalle entstehen. Im Obergeschoss sollen die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt, Leitstellenräume sowie ein Mehrzweckraum untergebracht werden
- Das Verwaltungsgebäude (Bj.1974) soll als dritter Bauabschnitt saniert werden.

Die Ergebnisse der Studie werden zu gegebener Zeit in einer Magistratsvorlage dargestellt.

4. Technikstandards und Beschaffungssicherheit

Für die Ausbildung der Einsatzkräfte und die Bediensicherheit im Einsatz ist es wichtig, dass sowohl die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr als auch die der Freiwilligen Feuerwehr technisch vergleichbar aufgebaut sind und die Bedienung vereinheitlicht wird. Dies soll künftig als ein Ziel der Beschaffung formuliert werden.

Da die Laufzeiten der Feuerwehrfahrzeuge sehr lang sind, ist auch eine langfristige Planung der Ersatzbeschaffungen notwendig. Von der Feuerwehr wurde ein Beschaffungskonzept bis zum Jahr 2020 vorgelegt (Anlage 3). Dabei wurden für Löschfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren bereits Laufzeiten von über 25 Jahren und für Sonderfahrzeuge, wie Feuerwehrkran und Drehleiter, eine Laufzeit von über 20 Jahren eingeplant. Die dafür notwendigen Mittel liegen bei 500.000 Euro für die Jahre 2010 und 2011, 700.000 Euro für 2012 bis 2016 und ab 2017 bei 750.000 Euro.

Als eines der wesentlichen Probleme im Bereich der technischen Ausstattung der Feuerwehr werden die zu geringen Mittel sowohl im Finanz- als auch im Ergebnishaushalt gesehen. Die zur Verfügung stehenden Mittel decken derzeit nicht den Bedarf. Es bedarf der Überzeugung der Vertreter der Parteien, dass die Mittelanmeldungen der Feuerwehr dem notwendigen Bedarf entsprechen und die Feuerwehr eine hohe Bedeutung für die Sicherheit in der Stadt hat. Das vorgelegte Beschaffungskonzept mit den dazu notwendigen Haushaltsmitteln soll in den Bedarfs- und Entwicklungsplan aufgenommen werden und für die Zukunft die Grundlage für die Haushaltsplanung bilden.

5. Zusammenarbeit innerhalb der Feuerwehren der Stadt

Derzeit ist die Zusammenarbeit zwischen den Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr als sehr gut zu bezeichnen. Es bedarf weiterhin der Anstrengung des guten Willens der Beteiligten in allen Bereichen, von der Führung über die Ausbildung bis hin zur Technik und der Gebäudebewirtschaftung eine konstruktive Zusammenarbeit zu pflegen und zu fördern.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind über die Zuweisung von Sonderaufgaben und die Regelungen der Alarm- und Ausrückeordnung in die Einsätze eingebunden. Es ist das Ziel, einen Mittelweg zu finden zwischen der ausreichenden Einbindung, um Leistungsfähigkeit und Motivation zu fördern und der Abgrenzung der Aufgaben, um eine Überforderung zu vermeiden. Im Rahmen der Zukunftswerkstatt wurde die Alarm- und Ausrückeordnung so überarbeitet, dass die Freiwilligen Feuerwehren nachts und an Wochenenden verstärkt alarmiert werden.

6. Nutzung von Synergien

Um die Gefahrenabwehr wirtschaftlich zu organisieren, müssen Synergien genutzt werden. Die Berufsfeuerwehr und die Werkfeuerwehr Merck haben eine vergleichbare Größe hinsichtlich Personal und Technik. Aus diesem Grund wurde intensiv geprüft, wie die Zusammenarbeit in den Bereichen Atemschutz, Bekleidung, Fahrzeuge, Kommunikation, Gefahrgutausstattung und Schlauchwerkstatt aussehen könnte.

Als Ergebnis der Diskussionen bilden die Feuerwehren der Wissenschaftsstadt Darmstadt und die Werkfeuerwehr Merck zusammen einen Schlauchpool. Die Pflege der Schläuche soll die Werkfeuerwehr Merck als Dienstleister für den gesamten Schlauchpool durchführen. Dadurch kann auf einen Neubau einer Schlauchwerkstatt mit geschätzten Kosten von 300.000 Euro bei der Berufsfeuerwehr verzichtet werden und durch die gemeinsame Reservevorhaltung kann die Anzahl der Schläuche somit insgesamt verringert werden. Der Schlauchpool soll bei Interesse grundsätzlich offen für weitere Feuerwehren sein.

Die Feuerwehren in der Rhein-Main-Region arbeiten zur Zeit daran, über eine gemeinsame Datenbank die vorhandenen Sondergeräte und Spezialeinheiten allen Beteiligten verfügbar zu machen. Es wird davon ausgegangen, dass nur durch gemeinsame Nutzung von Ressourcen unter Beibehaltung der derzeitigen Qualität Kosten gespart werden können.

Daneben wird die zunehmende Komplexität der Aufgaben voraussichtlich nur durch Zusammenarbeit und Spezialisierung bewältigt werden können. Dies wird bereits in einer Reihe von Projekten umgesetzt, soll aber auf weitere Bereiche ausgedehnt werden.

7. Netzworkebildung

Die gesetzlichen Grundlagen sehen die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen im Brandschutz vor. Davon abgesehen gibt es sowohl auf politischer Ebene als auch auf Ebene der Feuerwehren zum Teil deutliche Zurückhaltung in Bezug auf eine engere Zusammenarbeit über Gemeinde- oder Kreisgrenzen hinaus. Es kann daher nicht mit einem Feuerwehrverbund in strukturierter Form in naher Zukunft gerechnet werden. Stattdessen müssen Netzwerke gebildet werden sowohl zwischen den Feuerwehren als auch mit anderen an der Gefahrenabwehr beteiligten Organisationen. Diese Netzworkebildung sollte als ein Ziel der Feuerwehr in den Bedarfs- und Entwicklungsplan aufgenommen werden.

Die Bereitschaft und die Anstrengungen der Feuerwehren für eine bessere Zusammenarbeit muss auf politischer Ebene weiterhin unterstützt werden.

8. Feuerwehr in der Gesellschaft

Die Stellung der Feuerwehr in der Gesellschaft betrifft vor allem die Wahrnehmung durch die Bürger und die Politik.

Die Wertschätzung in der Bevölkerung zeigt sich immer wieder in Umfragen, wonach die Feuerwehr von allen Berufsgruppen mit 94 % Zustimmung das höchste Vertrauen genießt.

Im Verhältnis zur Politik wird von der Feuerwehr eine intensivere und vertrauensvollere Zusammenarbeit angestrebt. Die Verbesserung der Zusammenarbeit kann nur im Ergebnis vieler kleiner Schritte erreicht werden.

Zur Kontaktpflege und zur Evaluierung der Maßnahmen aus der Zukunftswerkstatt wird ein jährliches Treffen zwischen Vertretern der in der Stadtverordnung vertretenen Fraktionen und der Feuerwehr stattfinden. Die Feuerwehr wird Vertreter der Politik künftig verstärkt zu Feuerwehrveranstaltungen einladen.

In vielen Städten gibt es einen Feuerwehrausschuss, durch den ein intensiver Kontakt zwischen Politik und Feuerwehr sichergestellt wird. Es wird angeregt, den zuständigen Ausschuss in „Ausschuss für Feuerwehr und Umweltschutz“ umzubenennen und damit der Feuerwehr ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

Darmstadt, 27.05.2010

Dezernent VI

Dipl.-Ing. Dieter Wenzel
Stadtrat